

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Sched-Konto: Hannover 57613 | Der Abonnementpreis beträgt durch den Posten oder durch die Post bezogen monatlich 600 Mark. — Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen | Verantwortl. für den Inhalt: Carl Schüb, Bochum. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum. Telefon-Nummern: 88, 89, 98 | Sched-Konto: Essen. . . 24171 | Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Biemelhauser Straße 38-42 | Telegramm: Altberaub Bochum

V Ö L K E R F E I E R T A G

Was wuchtet so durch stille Gassen?
Was braust wie Sturm- und Wogendrang?
So wuchtet nur der Schritt der Massen!
So braust der Freiheit Sturmgang!
Heut schweigt der Schlägel und das Eisen;
Heut saust aufs Erz kein Hammerschlag;
Heut ruht der Pflug; kein Rad will kreisen,
Denn heut ist Völkerfeiertag!

Die freudlos im Schatten leben,
Bekunden, daß sie Menschen sind,
Daß sie ein liches Los erstreben
Fürs Volk, für sich, für Weib und Kind.
Sie sind es, die mit ihrem Fleiße
Erschaffen, was dem Leben gilt.
Aus ihrem Blut, aus ihrem Schweiß
Quillt alles, was den Mangel stillt.

Ihr baut Paläste, wohnt in Kellern.
Ihr friert, obwohl ihr Kohlen gräbt.
Ihr sät und sitzt vor leeren Tellern.
Euch fehlt das Hemd, obwohl ihr webt.
Ist das gerecht? Sollt ihr verderben,
Indes die Habsucht schwelgt und praßt?
Auch ihr seid würdig, Glück zu erben,
Eh euer Lebensstern verblaßt.

In Haß und Krieg verstrickt die Länder
Das skrupellose Kapital.
Oel, Erz und Kohle sind die Pfänder,
Die es umschleicht wie ein Schakal.
Gelingts ihm nicht, den Schatz zu rauben,
Verhetzt es seine Söldnerschar
Und hämmert ihr ins Hirn den Glauben,
Das Vaterland sei in Gefahr.

Des Rückschritts weißer Terror rüstet
Und sammelt sich zum letzten Streich.
Weh uns, wenn er uns überlistet,
Dann rast der Mord durchs ganze Reich!
Seid, Kampfgelährten, auf dem Posten,
Wehrt jeden frechen Anschlag ab!
Das Schwert der Tatkraft darf nicht rosten,
Sonst sinkt das letzte Recht ins Grab.

Es gilt, errungnes Recht zu wahren!
Es gilt, zu fordern, was uns frommt!
Es gilt, zum Endkampf sich zu scharen,
Weil zu uns kein Messias kommt!
Gewalt, Bedrückung, Völkerhetze
Ist des Tyrannen zücker Ruhm.
Wir proklamieren die Gesetze
Für freies, gleiches Menschentum!

Viktor Kalinowski

Franz Pokorny †

Der Unbezwingler Tod hat nun auch ihn gefaßt, der unverblichlich schien: Franz Pokorny. Nach langem, hartem Siechtum starb er am 17. April 1923 im eben erst vollendeten 40. Lebensjahre. Mit ihm ist wieder eine der wenigen Führerpersönlichkeiten aus der Heroenzeit unseres Verbandes dahingegangen, in denen sich ein Stück Bergarbeitergeschichte verkörpert. Um so mehr ist es zu bedauern, daß es auch ihm nicht möglich wurde, Erinnerungen zu schreiben. Das ist ein Verlust, der nicht wettgemacht werden kann. Was wir geben können, sind nur schwache Umrisse der Persönlichkeit und ihres Wirkens.

Pokorny wurde am 21. März 1874 in Schwelm i. W. geboren. Nach seiner Entlassung aus der Volksschule sollte er ein Handwerk erlernen, aber sein rastloser Geist ließ ihn dazu nicht kommen. Früh wurde er Sozialist. Schon bei den Reichstagswahlen 1890 hat er sich aktiv am Wahlkampf beteiligt. Danach wurde er auf Drängen seiner Brüder Bergarbeiter. Vorübergehend war er auch Streik bei einem Landwirt in Deusen. Als Bergarbeiter arbeitete er u. a. auf den Hagen, Dählbusch, Fürst Hardenberg und General Blumenthal. Mit der Aufnahme der Bergarbeit wurde er auch Mitglied unseres Verbandes. Zunächst gehörte er der Zahlstelle Gelsenkirchen, dann Eving an und bezog später nach Willen bei Reddinghausen. Hier wie dort hat er sich am Verbandsleben hervorragend beteiligt. Wie B. damals schon dachte, ergibt sich aus folgender Aufzeichnung:

„Das beste Rezept ungeheurer ungeschickliche Handlungen begehen zu dürfen, ist das Reichsein. Bist du hingegen arm, so gebe dich der Meinung ruhig hin, daß du hiermit schon halber Verbrecher bist.“

Die sozialistischen Reden und Schriften machten auf den jungen Pokorny einen besonders starken Eindruck und seine größte Sehnsucht war, selbst einmal der Arbeiterbewegung rednerisch und schriftstellerisch dienen zu können. Noch keine 19 Jahre alt, trat er Ende November 1892 in einer Volksversammlung in Dortmund einem Dr. Franke aus Weimar entgegen. Diese erste Rednerleistung hob seinen Eifer und seine Selbstsicherheit. Bald wurde er auch mit der Verbandsleitung bekannt, der er nach Kräften zu dienen suchte. Die Verbandsleitung bestand sich zuerst in Bochum, Bongardstraße. Nach einigen Monaten siedelte sie nach der Kottstraße in Bochum über. Von 1890 bis 1895 bestand sich das Verbandsbureau sodann in Gelsenkirchen. Dann ging es wieder nach Bochum, zunächst zur Kottstraße, dann zur Johanniterstraße 22 und schließlich 1899 zur Johanniterstraße 12. In Gelsenkirchen ging Pokorny auf dem Verbandsbureau aus und ein und betätigte sich rednerisch, schriftstellerisch und auf andere Weise, wie es die Umstände notwendig machten. Als sich am 19. November 1896 die Schlagwetterexplosion auf General Blumenthal ereignete, war auch Pokorny dort beschäftigt und eingefahren. In seinen Aufzeichnungen fanden wir hierüber folgende Schilderung:

Es war am 19. November 1896. Der Herbstwind strich über die eben fluren. In der Himmelsgegend sah man jenes Bild, das sich jeden Arbeitstag entrollt: dunkle Gestalten mit und ohne Laternen eilen der Grube zu, einzelne oder in Gruppen. Je näher die Zeit der Anfuhr kommt, desto lebhafter wird das Treiben. Der Watsch- und Ankleideraum füllt sich. Lauter klaffe Gestalten, nicht das Rot ziert die Wangen, das ist durch die Grubenluft verschwunden. Durchschnittlich sind sie aber kräftig gebaut und dieser schweren Grubenarbeit wohl gewachsen. Es geht fast ausnahmslos lustig zu. Wisse, Redereien fehlen nie. Umgeben eilen sie nach oben, wo der Korb sich befindet und unter Scherzen gehts hinunter. Sie denken kaum daran, daß der Tod sie jetzt schon umlauert. Nun gehts truppweise durch die Hauptgänge, rechts und links verlieren sie sich in den Nebengängen, den trennenden und begegnenden Kameraden ein herzliches „Gut auf!“ zrusend, bis die Arbeitsstellen erreicht sind. — Wir waren über zwei vor einem Ort (so nennt man die Arbeitsstelle). Mein Kamerad in der Mitte der Dreifiger war an diesem Tage schon anwesend. „Gut auf, Frick!“ „Gut auf!“, läßt es zurück. Man unterhält sich während des Essens und Umklebens, so auch wir. Nachher ging es an die Arbeit, die wie gewöhnlich von statten ging. Um 9 1/2 Uhr wurde gefräht. Aber kaum hatten wir den ersten Hissen herunter, als ein sogen. Schlehmeister schmelztriefend, außer Atem, angelaufen kam. In gebrochenen Worten rief er, daß wir uns sofort anzulegen und mitkommen sollten. Das Reder Hida I. das ungefähr 20 Minuten von uns entfernt lag, stünde in Brand. Man kann sich leicht unser Staunen vorstellen. Wir hatten weder einen Knall gehört noch einen Aufbruch verspürt. Die Kaffeeteute lassen, Hemd

und Jacke überwerfen, war das Wert eines Augenblicks, alle andere liegen wir liegen. Unten stand der Steiger und erwartete uns. In 5 Minuten waren wir 12 bis 15 Mann fertig. Entloher und Perdecker mußten heraus. Nachdem wir die Lampen auf ihre Leuchtweite geprüft hatten, gingen wir vorwärts. Von denen, die uns entgegenzukommen kamen, tauchte in meine Lampe mindestens fünfmal um. Ein nettes Frauen für eine Wenerarade. „Weißt du nicht zu schnell gehen, schon eure Lungen für nachher!“ sagte der Steiger. Das war alles was auf dem Wege geistlicher wurde. Da kamen uns zwei Wagen entgegen. Darinnen zwei Schlepfer, die der Aufbruch in den Stempel einuntergemorren hatten; beide tot. Zum Klauen war keine Zeit. Immer näher der Brandstätte zu. Voller ist es der letzte Gang, da Rederfänge erfolgen können. Endlich waren wir am Stempel, hier oder fünf Fahrten, dann war die Unglücksstelle erreicht. Obgleich man alle Rediere abgeliefert hatte, herrschte hier eine dumme Hitze und ein fürchterlicher Brandgeruch. Wie sollte das erst oben aussehen? Ungefähr 30 bis 40 Mann waren versammelt, alle waren still und ruhig. Einige waren am Jammern, da die Wagen, die in den Stempel heruntergelassen waren, alles zerfallen hatten. Nur die Kommandos nach fessigen Leuten seitens der Ärzte und des Bergrats durchbrachen die Stille. Auch ein Geistlicher hatte sich eingefunden, um den Verwundeten die Sterbefragmente in der Grube zu reichen. Endlich kamen wir an die Rediere. Fragen konnte man diejenigen, die herunterkamen, nicht. Ten Mund weit aufgerissen, von der Hitze vollständig naß, waren sie nicht imstande, etwas zu sagen. Nachdem wir Lächer mit Essigwasser durchtränkt hatten, die wir nachher vor den Mund halten mußten. Netteiten wir herauf. Oben entrollte sich vor uns das Bild des Unfalls. 15 Tote und 5 Verwundete (drei starben kurz darauf) lagen da, die letzteren sich in ihren Schmerzen fürchterlich krümmend, alles schwarz, Haut und Fleischsehen am Körper herunterhängend, Mund und Augen voll Staub. Drei oder vier Mann deuteten uns die Straße an, dann zogen wir vorwärts. Ein Bild der Herführung, Uebereinander-geworfen, was nicht niel- und nagekofft war. Der Säwaden immer dicker und unaussprechlicher, kaum zum Aushalten. Doch immer vorwärts, bis wir auf Berge angelangt. Hier trennten wir uns, nur durch Dienen uns meistens verständlich machend. Und jetzt fing die Kletterei an, die Augen schmerzten. Wir eilten den Dertem entgegen. Da, bums, stolperte ich über etwas. Ich griff unwillkürlich zu und sah eine Leiche ins Gesicht. In dem ich den Toten besuchte, kamen die anderen Kameraden nach. Der Tot war fürchterlich entstellt. Ich drehte das Hemd, das er anhatte, aufzumen, die anderen Kameraden saßen unten das Weinkleid, dann ging der Transport los, aber wie, frage nicht. Ein Fall, Stalpern, ohne Gedanken, ohne Gefühl trocken wir am Stempel ein, mit demselben Ausbruch wie jene, die uns vorher begegneten, mit derselben Starbeit im Gesicht. Einen zweiten Gang hätte ich nicht ausgehalten. Wer noch nie in einem solchen Zustand war, weiß nicht, wie die Luft begrüßt wurde, die wenigstens zum Einatmen war. Cobdrennen, Kopfschmerz, Augenschmerz fanden jetzt Verbindung. — Die Verwundeten lagen noch immer da, die Toten auch. Der Stempel war noch nicht fertig. Von den Verwundeten beachtete gerade einer. Raum betete er die Sakramente empfangen, da gah ihm einer einige Schlud Kognak hinunter. Er wurde ruhiger. Man muß sich vorstellen, die Haut, der Nacken, der Mund verbrannt, welche Schmerzen ein solcher Mensch aushalten muß! Die Toten waren bis auf zwei, die man erst am späten Abend erreichen konnte, geboren. Im ganzen 27 Tote und 5 Verwundete. Endlich, um 12 Uhr, konnten die Verwundeten fortgeschafft werden, da der Stempel soweit fertig war. Es mußte Wetterloch geschnitten, die Wagen herangeholt, feu verpackt werden usw. Die Leichen, die zu drei in einen Wagen kamen, mußten heruntergeschafft werden. Unten wurden sie einzeln in einen Wagen verladen, mit einem Stück Wetterloch zugedeckt. So war es 1 Uhr geworden, als jeder einen Wagen nahm und nach dem Schachte fuhr. Ein trauriger Zug! Um 4 1/2 Uhr nachmittags fuhrn wir hinaus, jeder als Wächter bei einem Toten. Oben angelangt, wurden die Toten in einem Schuppen untergebracht. Tausende von Menschen umstanden die Grube. Weinend, jammend um ihre Erndäter, mancher auftauchend vor Freude, wenn ein Vermittler lebend angetroffen wurde. Ich selbst galt erst als tot. Um 5 Uhr war ich zu Hause und für einige Tage arbeitsunfähig. Was kam, haben wir in den Rettungen gelesen. Das Jammern dieser Organe mibreit einen an. Heute ist alles vorbei und alles geht seine alte Peler; man schimpft und verhöhnt denjenigen wieder, der seine Lage verbessern will. Die Untersuchungskommission ist dort gewesen. Das Resultat war: die Schuld der Bergleute. Ich habe das Untersuchungsergebnis, Wort für Wort zerflückt, in der „Bergarb.-Ztg.“ veröffentlicht. Keine Erwiderung ist erfolgt, sie konnten es nicht. Die Urheber der Explosion waren samt dem Vergamt an den Pranger gestellt. Eine Anklage hätte diese Gesellschaft noch mehr hinsetzen können. Die Verwaltung weiß nun, wo sie steht, und ich kann nur ausrufen: Wo ist das Suchtshaus für die Wärdere?“

Diese Schilderung ist charakteristisch für die damaligen Zeitverhältnisse. Sie zeigt uns aber auch Pokorny als Mensch und

Kämpfer. Dabei ging er nicht einseitig in seinem Beruf auf. Er reiste u. a. im Frühjahr 1897 ein Flugblatt an die arbeitende Bevölkerung des Wahlkreises Berken-Reddinghausen, worin er in klammernder Sprache das Evangelium des Sozialismus verkündete. Durch diese vielseitige Tätigkeit zog sich Pokorny selbstverständlich in wachsendem Maße den Haß der herrschenden Gewalten zu und Transpilationen aller Art sowie Maßregelungen waren die Folge. So kam es, daß er 1897 schließlich ganz in den Verbandsdienst trat gegen eine Besoldung von monatlich 70 bis 80 Mk. Mehr konnte der Verband nicht geben, denn um seine Finanzen war es schlecht bestellt. Der hiesige Kassenträger, unser verstorbener Dichter Heinrich Rämbschen, schildert die damalige Lage wehmütig wie folgt: „Sie sitzen über das Messer und gebengt und zählen die Summen, und rechnen und rechnen den ganzen Tag, bis ihnen die Schädel brummen, Es will nun gedeihlichen Abjag nicht die Rednerer auskommen, Ausgeben waren zu viele da, zu wenig ihr angenommen!“

So stand es und so mußten die wenigen Verbandsangestellten sich mit Hungerlöhnen begnügen, sich aber trotzdem von den Verbandsgegnern vorwerfen lassen, sie mäheten sich von Arbeiter-geldern. Pokorny war — wie auch die anderen — Mädchen für alles. Er schrieb für die „Bergarb.-Ztg.“, half beim Versand, diente als Referent, erzielte Reichsbescheid, bemühte sich beim Verbreiten von Flugblättern, bei der Hausagitation usw. Bald war er über den engeren Bezirk hinaus bekannt und diente als Redner für Mitteldeutschland, Sachsen und andere Bergreviere. Aber auch die Politik war aufmerksam geworden, es hagelte Geld- und Gefängnisstrafen. Schon 1898, 1899, 1900 usw. hatte sich Pokorny vor den Gerichten in den verschiedensten Bergrevieren zu verantworten. Um eine feste Grundlage zu haben, errichtete unser Verband 1899 ein Zweigbureau in Juidau, dessen Leiter später Pokorny wurde. Ueber seine dortige Tätigkeit berichtet uns einer seiner alten sächsischen Freunde:

„Im Jahre 1901 ist Pokorny nach Juidau gekommen und hat von da aus Sachsen und Mitteldeutschland agitatorisch mit großem Erfolg bearbeitet. Obwohl noch ziemlich jung an Jahren, hatte er sich bald das Vertrauen aller Kameraden, ob alt oder jung, erworben. Seine Versammlungen waren immer gut besucht, meist überfüllt. Mit dem Gruenkapital und den sonstigen Gegnern der Bergarbeiter ging er scharf ins Gericht. In einer Deutscher Versammlung sollte er sich mal einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben. Nur der geschickte Verteidigung seines Verteidigers keine hat er wohl seine Freisprechung zu verdanken. Die Wählrände auf den sächsischen Gruben im Juidau und Lugauer Revier sowie im Flauenischen Grund waren damals geradezu fürchterlich. Pokorny gab an alle Vertrauensleute die Art der Wählrände betreffende Fragebogen heraus. Das gesammelte Material wurde in einer Reihe von Beiträgen in der „Bergarb.-Ztg.“ veröffentlicht und die festgestellten Wählrände scharf kritisiert. Außerdem nahmen noch von Pokorny arrangierte Redierkonferenzen zu dieser Angelegenheit scharfe Stellung. Auch wurden diesbezügliche Eingaben an die Bergbehörde gemacht und selbst im sächsischen Landtage kamen die Wählrände sowie die ionigen Beschwerden der sächsischen Bergarbeiter zur Verhandlung. Die Grubenverwaltung des sächsischen Grubens und Halle. Maßregelungen der in vorderer Reihe stehenden Bergarbeiter wurden vorgenommen. Aber was die Hauptsache war: eine ganze Reihe von Wählränden wurde durch das Vorgehen der sächsischen Bergarbeiter beseitigt und der Verband nahm an Mitgliederzahl ganz bedeutend zu, weil eben das Vertrauen der Bergarbeiter zum Verband infolge dieser Erfolge immer mehr und mehr stieg. Wo Pokorny hinkam, war er der Abgott der Bergarbeiter. Am so verhaßter war er bei den Bergbeamten und behördlichen Organen. Der in Deutschnitz die Bergarbeiterversammlungen überwachende Polizeiwachmeister war schon fuchstufelstisch, wenn er hörte und sah, daß Pokorny als Referent vorgehen war. Allgemein bedauert wurde von den Deutschnitzer Bergarbeitern, als Pokorny am 1. April 1906 vom Vorstand an die „Bergarb.-Ztg.“ berufen wurde.“

Gewissermaßen zum Abschied hat das Schöffengericht in Stollberg (Erzgebirge) in seiner Sitzung vom 3. April 1906 Pokorny noch sechs Monate Gefängnis aufgebremmt, weil er in einer Versammlung in Niederwürschitz am 19. November 1905 gesagt haben sollte, dem sächsischen König seien bei seinem Besuche im Wilhelmshacht sogenannte Potemkinsche Dörfer vorgeführt worden. Die Bergherren hätten ihren König also beschwänbelt und betrogen. Als erschwerend führte das Gericht ausdrücklich die tiefen, teils erheblichen Vorstrafen des Angeklagten wegen Beleidigung an.

Von April 1906 bis Januar 1911 war Pokorny dann an der „Bergarb.-Ztg.“. Obwohl er nicht verantwortlich zeichnete, sind

Ihm auch hier gerichtliche Verfolgungen nicht erspart geblieben. Aus diesem Erlebnis schrieb er am 18. Mai 1909 ins Lutherbuch der Lutherische in Eisenach: „Zur Beachtung für Richter und Staatsanwälte: Das Wort sie sollen lassen hañ!“ Richter und Staatsanwälte können selbstverständlich auch nicht über ihren Schalten springen. Der Mensch ist, von Ausnahmen abgesehen, kein Mittel.

Am 1. Februar 1911 trat Pokorny in das Sozialdemokratische Pressebureau für Rheinland-Westfalen in Düsseldorf ein. Von Juli bis September 1915 leitete er ausschließlich das sozialdemokratische „Volksblatt“ in Bochum. Als dann das Sozialdemokratische Pressebureau unter den Einwirkungen des Krieges aufgelöst wurde, trat er wieder in die Verbandsdienste zurück. Was in dieser Zeit geschehen ist, das hat Pokorny auf unserer Generalversammlung in Viefelsfeld am 17. Juni 1919 gesagt, als er sich zornig gegen diejenigen wandte, welche ihre Führer verunglimpften. Auf Seite 20 des Protokolls heißt es u. a.:

„Ich habe drei Jahrzehnte lang ständig in exponierter Stellung gestanden. Wo es am heikelsten war, da bin ich hingeschickt worden. Ich habe in den letzten drei Jahren ein Jahr aus meiner Familie ziehen müssen, und da sollen wir nichts getan haben? Wir haben damals — unsere angelegentlich Untätigkeit 1916/17 wird hervorgehoben — in der Verhaftung so gestanden, daß jeder die Arbeit von drei Männern machen mußte. Viele unserer Angestellten waren eingezogen, wir konnten keine neuen einstellen, weil sie uns doch weggenommen wurden. Als die Hungerstreiks kamen, bin ich selbst sechs Monate lang fast Tag für Tag unterwegs gewesen. Ich habe in dieser Zeit über 70 Pfund abgenommen. Meine Augen und Nerven sind völlig kaputt und heute werden meine Mitarbeiter und ich als Lumpen, als Verräter der Arbeiter hingestellt. Ich werde, wenn mir die Dinge zu bunt werden, meine Lebensgeschichte diktieren und zeigen, wie Leute beschandelt werden, die 30 Jahre lang keine Stunde gefangen haben, in der sie nicht im Kampf für die Interessen der Bergarbeiter standen.“

Diesem, die damals diese zornigen Worte kritisch beurteilten, mögen heute einmal überlegen, wozu es liegt, daß Schlag auf Schlag die alten Verbandsführer zusammenbrechen. Sie mögen einmal überlegen, wozu es führt, wenn das so weiter geht und der erforderliche Nachschub nicht da ist. Sollte Pokorny seine Drohung nur wahr machen und seine Lebensgeschichte diktieren können! Für uns und unsere Nachkommen wäre es ein großer Gewinn. Und nun?

Die Verhältnisse im Saarrevier erforderten 1917 das Einsetzen einer besonders wichtigen Kraft. So wurde denn wieder Pokorny entsandt und er entledigte sich seiner Aufgabe mit der bei ihm gewohnten Tapferkeit und Umsicht. Das brachte ihn bald mit der Militärbehörde in Konflikt. Nach einem größeren Bergarbeiterstreit

erhielt Pokorny im Oktober 1917 zunächst ein Redeverbot und wurde dann eingezogen, obwohl er nur gvh. geschrieben war. Vorher war ihm von der Militärbehörde nahegelegt worden, aus dem Saarrevier zu verziehen, dann käme er frei. So etwas konnte selbstverständlich Pokorny nicht geboten werden, und so wurde er halsbündig und schwerkrank Soldat und kam zunächst in die Garnison Müllig. Zu der üblichen „militärischen Ausbildung“ kamen hinzu: Kartoffelschalen, Kohlen-, Stein- und Holzabladen usw. Pokorny bemerkte dazu in einem Bericht: „Mich donert nur meine arme Familie, die, kaum nach Saarbrücken gezogen, schon von dem hier herrschenden System zu kosten bekam.“

Endlich, am 10. Februar 1918, kam vom Generalkommando des 21. Armeekorps die Verfügung, daß Pokorny als dauernd krank zu entlassen und nicht zu kontrollieren sei. Offenbar waren die ganz nutzlosen Lukereien also nur erfolgt, weil Pokorny nicht den militärischen Wünschen, sondern den Bergarbeiterinteressen diene. Die Verfolgungen gingen infolgedessen auch fort und führten am 22. August 1918 zu seiner Verhaftung wegen „versuchten Landesverrats“ und ähnlicher Dinge. Im Gefängnis zu Saarbrücken wurde er so lange festgehalten, bis die Umwälzung auch ihm die Freiheit brachte.

Raum aus den Fängen des deutschen Militarismus befreit, geriet Pokorny alsbald in die Fänge des französischen Militarismus, der selbstverständlich nicht besser ist. Am 29. Dezember 1918 wurde er verhaftet, über drei Wochen in St. Noyel und Straßburg eingekerkert und dann über Neßl ins unbesetzte Deutschland abgeführt. Hierüber berichtete Pokorny kurz und schlicht:

„Anderen Ausgewiesenen hat man Gelegenheit gegeben, erst zur Familie zurückzukehren. Wir — der Abgeordnete Reffe und ich — wurden gefesselt nach Straßburg abtransportiert und konnten ohne Geldmittel, ohne Erneuerung von Kleidung und Wäsche da. Im Gefängnis waren wir verlaßt. Das Gefängnis stank von Dreck, Schmutz und Ungeziefer. Auch haben wir gründlich hungern und frieren müssen.“

Das arbeitende Volk würdige Pokorny allerdings anders, wie der deutsche und französische Militarismus. Der 21. Wahlkreis (Regierungsbezirk Koblenz und Trier) entsandte ihn bei der Wahl am 19. Januar 1919 in die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung. Von 1907 bis zu seiner Ueberführung nach Düsseldorf hatte er für den Wahlkreis Vorken-Necklinghausen zum Reichstag kandidiert.

Erst Ende 1919 gelang es Pokorny nach unendlichen Mühen, seine Familie von Saarbrücken nach Westfeld bei Wattencheid zu übersiedeln. Seine kleine, zarte Frau war jedoch all diesen Schicksalschlägen nicht gewachsen. Sie kam krank an und starb

dahin, bis sie am 23. März 1920 durch den Tod erlöst wurde. Völlig erblindet, gebrochen an Körper und Geist, gab Pokorny seinem toten Weibe das letzte Geleit. Von da ging es mit tiefen Schritten abwärts. Zwar bäumte sich die alte Lebenskraft immer und immer wieder in ihm auf. Sein Feuergeist wollte sich nicht ergeben. Noch am 1. Februar 1920 hat er, schon völlig erblindet, in einer Mitgliederversammlung in Göntrup gesprochen. Trotz aller Wahnungen seiner Freunde erlag er immer wieder in der Nationalversammlung. Oft hat er die Felle nach Berlin und zurück ohne jede Begleitung zurückgelegt. Seine Freunde waren ratlos. Pokorny erklärte, er sei nicht ganz blind und hilflos, das könne er schon machen. Vergebens suchte er Heilung in den verschiedensten Anstalten. Seine Lebenskraft erlosch, sein Geist umnachtete immer mehr. Am 15. September 1920 wurde er in die Heilanstalt in Nplerbed überführt, die er nur zur letzten Fahrt verlassen sollte.

Das ist in kurzen, schmerzhaften Strichen die Tragödie eines Mannes mit schier unerschöpflicher Lebenskraft, ungewöhnlicher Begabung, Umsicht und Tapferkeit, der durch die Wucht seiner Persönlichkeit, die hinreichende Kraft seiner Veredamkeit Hunderttausende aufstachelte und aufwärts führte zur Brüderlichkeit und Solidität. Eine Tragödie, die verklärt wurde durch den unerschütterlichen Glauben an die täglich neu erlebte Idee des Sozialismus.

Arm wurde Pokorny geboren, arm ging er durchs Leben, arm ist er ins Grab gesunken. Warum? Warum machte er sich nicht sein großes Können dienstbar, um Reichtümer zu erwerben? Unzählige sind reich geworden, die nicht so viel Geist im ganzen Körper hatten, wie Pokorny im Keinen Geh! Warum blieb er arm und anspruchslos? Weil er getragen war von einer Idee, die sein Leben erfüllte und ausmachte. Was gab ihm Weg und Ziel? Seine unmittelbare quellende Menschlichkeit und sozialistische Ueberzeugung, die Erkenntnis, daß die Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Ein Sohn des Volkes wollte er sein und bleiben!

Trauernd stehen an seinem Grabe außer den Ungeachteten, denen er Freund und Führer war, seine drei nun völlig verwaisten, unversorgten Kinder, zwei Töchter im Alter von 16 und 19 Jahren und ein Sohn von 6 Jahren. Ihnen allen bleibt als Trost und Hoffnung, daß zwar die Lebenskraft des Dahingegangenen zerbrach im Kampf gegen Barbarei und Unkultur, sein Lebenswerk aber fortleben und fortwirken wird, bis der Tag kommt, an dem sich alle sagen können:

„Wir haben den Frieden, Freiheit und Recht,
Und keiner ist des andern Feind.
Arbeit ist aller Menschen Pflicht
Und niemand es an Brot gebracht.“

r. r.

Zum Festtag der Arbeit.

Kameraden! Der Festtag der Arbeit, der Völkerfeiertag steht heran. Das höchste Gut der Menschheit ist die Arbeit. Alles Schöne und Herrliche, alles Bequeme, alles was zum Leben, zum Gelingen, zur Freude notwendig ist, entsteht nur durch das Geheiß und der Hände Kraft, durch Arbeit. Es ist fürwahr ein hoher Festtag, an dem wir diese große Schöpferin, die Arbeit, feiern. Die Welt ist durch die Arbeit geschaffen, wenn sie frei von jeder Unkultur, frei von barbarischem Militarismus, frei von Unterdrückung und Ausbeutung ist. Mai, die Arbeit, feiert.

Seit es noch nicht so! Geistige Unmenschung läßt den Blick großer Völker nicht zur Sonne richten, läßt Militarismus, Barbarei und Ausbeutung wuchern. Wir, die wir das hohe Ideal der Völkerfreundschaft erkannt haben, können uns nicht nur an den Freuden dieses Festes berauschen; der Tag ist für uns gleichzeitig ein Kampf- und ein Schuttag, ein Schuttag und ein Kampf- tag, in diesem Jahre mehr denn je.

Nach bluten die Wunden, die der Weltkrieg der Menschheit geschlagen hat, und schon wieder legt ein Militarismus, der französische, nach Menschenblut. Veritagswidrig, mitten im Frieden, brach er ins deutsche Land ein, um ein Volk zu vergewaltigen. Doch hier zeigt sich die unbesiegbare Kraft der Arbeit: die Ruhrarbeiter schlugen trotz dem Militarismus, trotz der Arbeit unter seinen Bajonetten ab. Seine Nachlosigkeit gegenüber jeder Abwehr einsehend, verfiel er in blinde Wut, Wut und plündert ohne jede Ursache.

Unser diesjähriger Muttag muß dem Massenprotest gegen Militarismus und Imperialismus gewidmet sein. Darum, Kameraden, bereitet überall gewaltige, aber widerstandslos feiernde vor. Sorgt, daß die Massen in Bewegung kommen, daß sie ausgerüstet werden für unsere Menschenrechte. Dem Militarismus muß gezeigt werden, daß er ein Uebel, ein Uebel-Mittel aller Barbarei ist, welches in den Erbsen gehört.

Der Internationale Gewerkschaftsbund erläßt folgendes

Mai-Manifest:

An die Arbeiter aller Länder!

Der Frieden Europas ist unerschütterlich in Gefahr. Der Krieg ist noch nicht da, aber es kann dazu kommen, wenn die international vereinigten Arbeiter dieser Gefahr nicht entgegenwirken.

Überall ist die Reaktion am Werke und sucht ihre Herrschaft zu sichern.

Überall zeigt sich sozialer Rückschritt. Und die gleiche Tendenz ist in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht wahrzunehmen.

Politiker und Kapitalisten in allen Spielarten sind das Gegengewicht unserer Zeit. Dieses Gegengewicht, die auf den Untergang der Freiheit zielen.

Diese Situation hingegen, würde heißen, eine sichere Verfassung in der Zukunft abgeben.

Es ist die Aufgabe, daß von jetzt ab Gewalt und Unrecht, soziale Ungerechtigkeit und Ausbeutung über die Völker einen Macht haben sollen.

Es liegt sich mit der Herrschaft brutaler Gewalt abfinden und Bergist leisten auf eine Ordnung der Freiheit und menschwürdiger Arbeit, die zu ertreten Aufgabe der Arbeiterorganisationen der ganzen Welt ist.

Die Arbeiterorganisationen werden zu ihrem Ideal nicht bereit sein. Dieses Ideal ist ihr gemeinsames und geheiligtes Gut, die Befreiung ihres Volkes, ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Wenn ihre Freiheit in Gefahr gerät, die Erzeugnisse der Vergangenheit bedroht werden, dürfen die Arbeiter nicht nachgeben.

Wenn die Reaktion der Welt, um ihre politische und wirtschaftliche Herrschaft zu sichern, die Freiheit zu langen Anschlägen und wüsten Verbrechen ansetzt, die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Freiheit bedroht, und die Wiederkehr jener Zeit, in der sich das Unterdrückung von Gottes Gnade darstellt, dann fordert Pflicht und Interesse der Arbeiterklasse, dieses schändliche Verbrechen zu verhindern und es zu bestrafen mit einem Kampf für neue Freiheit und ein besseres Leben.

Die Befreiung der Arbeiter verlangt zunächst die Aufrechterhaltung der erworbenen Rechte, die dazu dienen sollen, neue zu erwerben. Gegenüber dem internationalen Zusammenschluß der Arbeiter und Arbeiterinnen muß die internationale Solidarität des organisierten Proletariats eine Tatsache werden.

Je breiter sich die Reaktion gebärdet, je häufiger die Angriffe auf die freiheitlichen Ideen und die Würde der Arbeit werden, umso intensiver müssen sich die Massen zur Wehr setzen.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Das will heißen, daß die Arbeiter nur durch eigene Kraft und ihre eigenen Mittel, und nur durch diese allein, imstande sind, das notwendige Recht der modernen Volksherrschaft abzuwerfen und durch neue moralische und materielle Erfolge ihre endgültige Befreiung vorzubereiten.

Der 1. Mai 1923 muß in entscheidender Weise der Welt das Erwachen des Bewusstseins der international organisierten Arbeiterklasse zeigen.

Die Völkervereinigung und die Gefahr neuer blutiger Konflikte müssen weit davon entfernt, uns zu entzweien, unseren Glauben im Gegenteil noch festigen und neue Begierden und Entschlossenheit wecken, um die Mächte der Finsternis und Unterdrückung endgültig zu besiegen.

Immer drohender werden diese Gefahren, und darum muß auch unsere Aktion eine immer energischer werden. Nationalismus, Imperialismus, Militarismus, wünschen ein neues Blutbad herbei, von dem sie sich ein neues Erwachen der Völkerfreiheit versprechen.

Die Arbeiter aber wollen den Frieden, der die Arbeit von ihren Fesseln befreit, den Völkern ihre Unabhängigkeit sichern und eine bessere Zukunft vorbereiten.

Wäge der 1. Mai 1923 in überwältigender Weise diesen Willen kundtun, der sich auf Bewußt und Recht stützen kann. Und möge das Proletariat aller Länder an diesem traditionellen Tag der Arbeiterforderungen der Welt die unbewingliche Macht der internationalen Solidarität der Arbeit demonstrieren.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

J. S. Thomas (England), Vorsitzender; L. Jouhaux (Frankreich), H. Leipart (Deutschland), E. Mertens (Belgien), Dize-Vorsitzende; E. Gimmen, J. Dubegeest, J. Sassenbach, John W. Brown, Sekretäre.

Der Mantelstreik für das Ruhrrevier steht vor, daß Feterlichkeiten am 1. Mai nicht als unentschuldig und unberechtigt Arbeitsverweigerung gelten.

Nur in diesem Jahre haben die Betriebsverwaltungen acht Tage vorher durch Anschlag bekannt zu machen, daß diejenigen, welche am 1. Mai feiern wollen, sich drei Tage vorher abzumelden haben. In künftigen Jahren ist eine Abmeldung nicht mehr notwendig. Kameraden, sorgt dafür, daß kein Klassenbewußter Arbeiter die Abmeldung verweigert!

Für Mitteldeutschland liegt ein Schiedspruch vor, welcher am 1. Oktober unter Vorsitz des Ministers Stiering gefällt wurde. Er lautet:

„Wenn die Betriebsverwaltung im Auftrage der Belegschaft dem Arbeitgeber vor dem 1. Mai mitteilt, daß die Belegschaft am 1. Mai feiern will, so gilt die Arbeitsversammlung als berechtigt und entschuldig. Das gleiche gilt, wenn einzelne Arbeitnehmer vor dem 1. Mai um Urlaub für den 1. Mai nachgesucht haben.“

Das Gewerbegericht Köln fällt am 20. Juni ein gleichlautendes Urteil:

„... Der 1. Mai wird von weltlichen Schichten der Arbeiterschaft als Feiertag gehalten, und es ist allgemein üblich, daß Arbeiter an diesem Tage sich entschuldig entschuldigen, wenn sie ihrem Arbeitgeber anzeigen, daß sie am 1. Mai nicht arbeiten.“

Deutschlands Wille zur Verständigung.

Der Reichstag hat sich am 16. April und die folgenden Tage bei der Beratung des Haushalts des Außenministers ausschließlich mit dem Kampf an der Ruhr und den Möglichkeiten seiner Beendigung beschäftigt. Die Bergarbeiter, die neben Eisenbahn, Post, Zollbeamten usw. im Vordergrund des Kampfes stehen, haben ein lebhaftes Interesse an der Art und Weise, wie Regierung und Reichstag Politik treiben, da die Art dieser Politik einsehend einwirken kann auf Beendigung und Folgen des Konflikts an der Ruhr. Niemand konnten die Gewerkschaften der Beschäftigung mit Politik entsagen und sie können es heute weniger denn je. Nicht ist Parteipolitik zu treiben ihre Aufgabe. Aber sie haben immer Vorgesetzte und Staatsverwaltung in dem Sinne zu beeinflussen, der durch das Wohl der schaffenden Proletariats, der Hand- und Arbeiter bedingt wird. Ob Reaktionen über „Reberegierung der Gewerkschaften“ zerrn, wie das in den letzten Jahren vielfach geschah, kann ihnen gleichgültig sein. Die Organisationen der Arbeiterklasse repräsentieren den wichtigsten und wertvollsten Teil des Volkes. Hunderttausende, ja Millionen eine oder mehrere Millionen produktiver Erzeugnisse, Schieber, Arbeiter, Händler und überflüssige Produzenten könnten wir gut und gern entbehren, aber jeden produktiv Schaffenden brauchen wir. Die Masse dieser Schaffenden hat trotz aller politisch-parlamentarischen Fortschritte der letzten Jahre noch nicht die Mitwirkung in öffentlichen Angelegenheiten, die ihr zukommt. Es ist deshalb ganz selbstverständlich, daß unsere Gewerkschaftsorganisationen, die einzelnen Verbände wie ihre Zusammenfassung, der ADGB, überall dort ihre Stimme erheben, wo Wirtschaft und Politik einen Weg geführt werden sollen, der zum Unheil für die breite Masse des Volkes ausschlagen muß. So haben wir es auch während des Ruhrkonflikts gehalten. Bei seinem Beginn bestand sozusagen gar keine Verbindung zwischen Reichsregierung und Gewerkschaften, hätte sie schon vorher bestanden, so wäre diese Verbindung der Abwehr sehr zugute gekommen, manche dauerhafte Nebenwirkung in den Anfängen des Abwehrkampfes wäre wahrscheinlich vermieden worden. Später ist diese Verbindung hergestellt worden und sie hat im allgemeinen gut funktioniert. Wie man allgemein den Grundfakt anerkennt, daß man in Deutschland nicht gegen oder ohne die Arbeiterschaft regieren kann, so hat man sich auch daran gehalten, die Vertretung der im Ruhrkampf im Vordergrund stehenden Arbeitermassen ständig über Stand und Methode des Abwehrkampfes an der Ruhr zu hören. Daß man immer so auf sie gehört hätte, wie wir das wünschen, kann man nicht sagen. Das war auch nicht zu erwarten, da das eigentliche Arbeiterelement in der Reichsregierung fehlt. Trotzdem haben wir die Methoden der Abwehr und damit ihren Erfolg vielfach günstig zu beeinflussen vermocht. Das Ende des Konflikts zu beschleunigen, war und ist unser Hauptbestreben.

An unserem ersten entschlossenen Willen zum Abstand gegen die Rache- und Raubpläne französischer Imperialisten und Kapitalisten kann niemand zweifeln, aber in Bezug auf die Wahl der Kampfmethoden wie auf das Endergebnis des Kampfes sind wir durchaus nicht immer einig gewesen mit allen Volksgruppen. Wir bevorzugen die Gewalt, die manche andere in unserem Land noch anbeten. Auch die Regierung teilt ebenso wie vernünftige Unternehmer diesen unseren Standpunkt und hat ihre Politik danach eingerichtet. Wir wollen ein Ende des Ruhrkonflikts durch Verständigung gleichberechtigter, nicht durch Diktat eines Siegers und nicht durch Ruhelosigkeit privater Interessengruppen. Auch diesen Standpunkt teilt die Reichsregierung. Ob sie stark genug ist, die Vertretung der Ruhrkonfliktslösung durch private Kreise zu verhindern, müssen wir abwarten. Die rasche Lösung der Krise haben wir angestrebt einerseits durch die geschlossene Abwehrfront an der Ruhr, wir haben weiter in diesem Sinne klare, einseitige Erklärungen über die deutsche Verantwortungsbereitschaft gegeben und diese Forderung in der letzten Konferenz unseres Vorstandes und der Bezirksleiter erweitert durch das Verlangen nach Vorlegung eines deutschen Reparationsplanes.

In der Reichstagsdebatte hat der Außenminister Rosenbergs eine hübsche Rede über Deutschlands Leistungswillen und Verständigungsbereitschaft gehalten, er hat einiges mitgeteilt über den deutschen Blick von Ende 1922, der 30 Milliarden Leistung vorsah, er hat aber vermissen lassen, was wir präzis zu hören wünschten, auch nachdem die Debatte ihm hätte Anlaß geben können zu solcher Präzision. Hermann Müller von der USPD, forderte, daß die Regierung ein direktes Angebot an die Gesamtheit der Arbeiter mache. Auf die Summe allein komme es dabei natürlich nicht an, sondern auch wesentlich auf die Modalitäten der Zahlung. Müller schloß seine Rede:

„Die Liquidation des Ruhrabenteuers muß so vollzogen werden, daß Frankreich, Deutschland und das gesamte Europa endlich die Befriedigung finden. Das wird nicht eintreten, ohne daß

Parole für Verbandsmitglieder!

Sie lautet: Vorwärts, drauf und dran! Schon treten unsere alten, kampferprobten Sturmkolonnen an! In vielen Zahlstellen ringen sie mit alter Zähigkeit mit dem trägen, dumpfen und gefährlichen Feind der Arbeiterklasse, mit dem Indifferentismus. Keine Zahlstelle bleibe zurück, damit sie nicht der Vorwurf der Untätigkeit treffe! Schließt unsere Kampffront lückenlos!

auch mit Verzetteln, auf lange Jahre schwere Opfer zu bringen. Aber tragbar müssen die Opfer sein. Dann werden sie getragen werden in dem Bewußtsein, daß nach langer schwerer Leidenszeit doch der Tag der Befreiung kommt."

Während Morz vom Zentrum sich sehr zurückhaltend der Regierung gegenüber äußerte, prägte Stresemann von der Volkspartei einige Sätze, die ihm lebhafteste Angriffe der Deutschnationalen und auch von Teilen seiner Partei eingetragen haben. Stresemann forderte, daß der Weg frei gemacht werde zu internationalen Abmachungen über die Reparationen und damit zur Befreiung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes. Er lehnte ausdrücklich die von deutschnationalen Blättern vertretene Sabotage der Erfüllungspolitik ab und trat für Schaffung enger wirtschaftlicher Beziehungen zu Frankreich ein. Dr. Leicht von der Bayerischen Volkspartei wandte sich gegen die politische Spitzfindigkeit, die sich herabschleichen, wenn man nur von Verhandlungen spreche, während Gothein von den Demokraten aus neue die Erfüllung befähigt, daß Leute seines Schlages wirtschaftlich hinter mächtigen Volksparteiler zurückbleiben.

Die Frage, ob Deutschland einen bestimmten Vorschlag machen solle, ist von Müller mit einem klaren Ja, von Stresemann mit einem nicht ganz klaren Ja und von Rosenberg mit einem nicht ganz klaren Nein beantwortet worden.

Englands Wunsch, Deutschland möge in einem Vorschlag von der englischerseits genannten Zahl von 40 Milliarden ausgehen; unser Wunsch, es möge überhaupt ein bestimmter Vorschlag gemacht werden, ist bis jetzt nicht erfüllt. Die Differenz der Auffassung zwischen Rosenberg einerseits und Müller-Stresemann andererseits ist im Zustand, auch in Frankreich, stark unterstrichen worden. Stresemanns Rede nennt man einen kleinen Fortschritt. Aufgabe der Arbeitervertreter wird es sein müssen, aus diesem kleinen Fortschritt durch unausgesetzten Druck auf die Regierung den Fortschritt zu machen, den wir deutscherseits zur Lösung des Ruhrkonflikts brauchen!

Protest gegen die Beschlagnahme der Deputatkohlen.

Die Bergarbeiterorganisationen haben gegen die in letzter Zeit vorgenommene Beschlagnahme der Bergarbeiter-Deputatkohle folgenden Protest an den General Degoutte in Düsseldorf gerichtet:

Herr General! Durch Verordnung vom 31. März schreiben Sie für den Transport von Kohlen, auch für Deputatkohlen, Passierscheine vor. Kohlentransporte ohne Passierscheine sollen beschlagnahmt werden. Tatsächlich sind auch schon eine Anzahl Beschlagnahmungen von Deputatkohle erfolgt. Der Bezug von Deputatkohle ist ein altes Recht der Bergarbeiter, welches seit Jahren tariflich festgelegt ist. Ihre Verordnung, Herr General, bedeutet einen Eingriff in die tariflichen Rechte der Bergarbeiter. Sie haben wiederholt erklärt, daß Sie nicht daran dächten, in die Rechte der Arbeiter einzugreifen. Durch Ihre Maßnahme haben Sie tatsächlich eines der wichtigsten Rechte der Bergarbeiter beseitigt.

Die unterzeichneten Bergarbeiterorganisationen, als die berechtigten Vertreter der Bergarbeiter, erheben hiermit entschiedenen Protest gegen die Beseitigung wichtiger Arbeiterrechte und erwarten, daß diese Maßnahme unverzüglich rückgängig gemacht wird.

Einer diesbezüglichen baldigen Antwort an die zuerst unterzeichnete Organisation sehen wir entgegen.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands Bochum.
Gewerkschaften d. Bergarbeiter Deutschlands, Essen.
Gewerkschaft d. Bergarbeiter, Düsseldorf.
Polnische Berufsvereinigung.

Das Kalibnditat

Ist uns durch seinen Vorlesenden, Herrn Geh. Justizrat Dr. Maximilian Kempner auf den Artikel in Nr. 13 unserer Zeitung folgende Zuschrift mit der Bitte um Abdruck zugehen:

1. Die Behauptung, die Praxis der Kalibnditat habe dahin geführt, daß entgegen den klaren gesetzlichen Bestimmungen jedes Kaliber bis 1933 völlig risikolos arbeiten könne, daß den Kalibnditgebern unzählige Milliarden als vollständig müheloses Einkommen in die Taschen gesteckt werden und daß ferner die Gefahr des Erlaufens von Kalibern und damit die Gefährdung unserer unterirdischen Bodenschätze durch eine derartige privatkapitalistische Profitwirtschaft geradezu gefördert werde, ist unzutreffend.

Der Verfasser glaubt die Begründung für diese Behauptung in dem Umstand zu finden, daß die Kalibnditgeber Schwelger und Reindorf, deren Schächte im Oktober 1921 eröffnet seien, noch heute ihre volle Beteiligungsziffer von etwa 10 Laufenden haben.

Daß die beiden Kaliber im Oktober 1921 von einem Wasserbruch heimgesucht, aber heute noch im Besitze ihrer alten Beteiligungsziffer am Gesamtabsatz des Deutschen Kalibnditabs sind, trifft zu. Dieses entspricht aber den gesetzlichen Bestimmungen, mit denen die Praxis der Kalibnditgeber sich im Einklang befindet. Die Kalibnditgeber sind auf Grund langjähriger Erfahrungen zu der Überzeugung gelangt, daß die technische Möglichkeit besteht, die beiden vom Wasserbruch heimgesuchten Schächte wieder fähig zu machen, daß also eine Befestigungsmöglichkeit, welche im Sinne des Gesetzes zur Abberaumung der Beteiligungsziffer berechtigt, noch nicht gegeben ist. Die Kalibnditgeber hat daher bereits vor Jahresfrist — und der Reichskalibndit hat sich angeschlossen — eine Vorarbeit für die vom Reichswirtschaftsminister zu erlassenden Ausführungsbestimmungen in Vorrichtung gebracht, wonach in derartigen Fällen das betreffende Kaliber mit einer kurzen Frist auszufahren ist, sich zu erklären, ob es binnen zwei Jahren den Anforderungen der wiederhergestellten Förderfähigkeit erbringen oder unter Verzicht auf die halbe Beteiligungsziffer sich im Sinne der Kalibnditnovelle vom 22. Oktober 1921 freiwillig ablegen wolle. Durch diese Bestimmung sollte, ebenfalls im Sinne der Kalibnditnovelle, verhindert werden, daß in unwirtschaftlicher Weise außerordentlich hohe Summen für die Wiederherstellung fähiger gewordenen Kalibrier mit vielleicht zweifelhaftem Erfolge aufgewendet würden. Sie sollte den von einem Betriebsunfall betroffenen Kalibrier den Anreiz bieten, auf die Wiederherstellung zu verzichten, indem ihnen die Möglichkeit eröffnet würde, sich durch Stilllegung bis zum Jahre 1933 (ohne vorherige Wiederherstellung) die Hälfte der Beteiligungsziffer bis zu diesem Zeitpunkt zu erhalten. Wenn eine solche Möglichkeit zur Rettung eines Teiles der Beteiligungsziffer nicht gegeben wird, würden die Kalibrier genötigt sein, den Versuch zu machen, ohne Rücksicht auf die Kosten mit allen Hilfsmitteln der Technik die Schächte wieder in Ordnung zu bringen, weil sie wegen des Abverkaufpreises sich Erfolg für erflossene Schächte durch Niederbringung neuer Schächte nicht mehr verschaffen können. — Wenn eine Regelung dieser Frage bisher nicht erfolgt ist, so liegt der Grund hierfür weder an der Praxis der Kalibnditgeber, die an die geltenden gesetzlichen Bestimmungen gebunden ist, noch an dem Reichskalibndit, welcher rechtzeitig auf die Notwendigkeit einer zweckmäßigen Lösung dieser Frage durch Erlass entsprechender Bestimmungen hingewiesen hat, sondern lediglich an dem Fehlen der erforderlichen vom Reichswirtschaftsminister zu erlassenden Bestimmungen.

2. Die Behauptung, die Befestigung der beiden Beteiligungsziffern in derartigen Fällen führe zu einer Erhöhung der Kalibnditpreise, ist unzutreffend. Erkens handelt es sich nicht um die Befestigung der beiden Beteiligungsziffer, sondern es kommt, nach dem Vorschlag des Reichskalibndits und der Kalibnditgeber, höchstens die Hälfte der Beteiligungsziffer in Betracht. Sodann er-

möglicht die Übertragung dieser Hälfte der Beteiligungsziffer auf ein anderes Werk des Konzerns, zu welchem der von einem Betriebsunfall betroffene Kalibrier gehört (Einzelwerte gibt es in der Kalibnditindustrie kaum noch), die Förderung und Verarbeitung einer entsprechend höheren Beteiligungsziffer auf diesem Werke, so daß es zu wesentlich ermäßigten Produktionskosten arbeiten kann. Da sich die vom Reichswirtschaftsminister zu genehmigenden Kalibnditpreise nach den durchschnittlichen Selbstkosten aller Kalibrier richten, tritt infolgedessen sogar eine Senkung der durchschnittlichen Selbstkosten aller Werke ein. Würde die Beteiligungsziffer ganz wegfallen und sie infolgedessen sämtlichen 200 Kalibern verhältnismäßig zuwachsen, so daß die Beteiligungsziffer jedes einzelnen Wertes sich nur ganz unwesentlich erhöhen würde, so würde die Herabdrückung der durchschnittlichen Selbstkosten aller Werke in einem viel geringeren Ausmaß praktisch erreicht werden.

Dadurch wird aber auch die Behauptung, daß den beiden erflossenen Schächten Milliarden an Entschädigung durch Befassung der Quoten getätigt werden. Ebenjenseitig bedarf die Behauptung der Begünstigung des Erlaufens von Schächten der Widerlegung; denn es ist undenkbar, daß ein Kaliber, nur um die Hälfte seiner Beteiligungsziffer zu verlieren, seinen Schacht zum Erlaufen bringen könnte.

gez.: Dr. Maximilian Kempner, Geh. Justizrat.

Zu den Ausführungen wäre manches zu sagen. Wir verzichten jedoch auf die Neueröffnung der Diskussion über diesen Fall. Inzwischen ist die Angelegenheit im Reichskalibndit geregelt. Eröffneten, nichtwiederherstellbaren Kalibern und solchen Werken, welche einen Kostenaufwand von 80 Prozent zur Wiederherstellung verursachen, wird die Cuote entzogen. Nur solchen Werken, die nachweisbar mit einem Kostenaufwand von unter 80 Prozent wieder herstellbar gemacht werden können, kann im Falle des Verzichts auf die Wiederherstellung eine Cuote von 1-50 Prozent befallen werden. Die Entscheidung soll bei der Kalibnditprüfung liegen. Nach dem Regierungsentwurf sollte bekanntlich allen Werken die Cuote befallen werden.

Der Regierungsentwurf ist erledigt. Für ihn erhob sich nicht eine Stimme im Reichskalibndit. Ob diese wenig freundliche Erledigung der Regierungsvorlage notwendig war, wagen wir zu bezweifeln. Der Herr Reichswirtschaftsminister sollte nur nicht verzögern, rechtzeitig den Kontakt mit den Beteiligten herzustellen, dann würden sich solche für die Regierung keineswegs erfreuliche Zustände nicht wiederholen können. Aber auch dem Spudist muß gesagt werden, daß es mit dem Reichswirtschaftsministerium die Behandlung dieser Frage in der Presse durch die Verschleppungsmethoden geradezu bewußt gefördert hat. Uns liegt nichts daran, auf anderem Wege zu erledigende Angelegenheiten in unserer Zeitung zu erörtern. In der Erörterung war, die Angelegenheit im allgemeinen Interesse zu erledigen. Dieser Zweck ist zunächst im Reichskalibndit erreicht. Für den weiteren Verlauf ist das Reichswirtschaftsministerium verantwortlich. Sollte dieses eine weitere Verschleppung der zu erlassenden Verordnung für notwendig halten, dann werden wir uns erneut mit der Angelegenheit beschäftigen müssen. Aber auch dem Kalibndit sind die Möglichkeiten, ihm unliebsame Erörterungen aus der Presse fernzuhalten, bekannt. Versäumt es die Pflicht, allgemeine Interessen berührende Angelegenheiten mit den zuständigen Vertretern der Kalibnditwirtschaft zu besprechen, dann muß es die Erörterung derselben in dem breiten Raum der Öffentlichkeit in Kauf nehmen.

Der Saarstreik

geht unvermindert weiter. Die Organisationen: Bergarbeiterverband, christlicher Gewerksverein sowie der freie und der christliche Metallarbeiterverband erlassen anlässlich der zehntägigen Streikdauer folgende Kundgebung:

An die Belegschaften des Saargebietes!

Sehn Wochen dauert der Streik. Fest und unerschütterlich stehen die 7500 Bergleute mit einer Viertelmillion Angehörigen im Kampf. Mit einer erkaunlichen Ruhe und Besonnenheit wird der Wirtschaftskampf im Saargebiet ausgefochten. Nichts konnte bis jetzt die Front erschüttern. Das Werden der Verwaltung, das ohne Verhandlungen anzufahren, blieb genau so erfolglos wie der Aufruf des Saarbundes. Selbst die beiden vom Verband ausgehenden und zum Gegner übergetretenen Gewerkschaftssekretäre haben mit ihrem Votum keinen Erfolg. Nur mit Entschlossenheit und Verachtung wird ihr Name von den Bergleuten genannt.

Die Belegschaften des Saargebietes nebst ihren Angehörigen tragen die gewaltigen Opfer und Entbehrungen, die der Streik mit sich bringt. Mit bewundernswürdiger Entschlossenheit und Entschlossenheit wurde bis jetzt die Front gehalten. Alle Welt bewundert das heldenhafte Ringen der Saargeleute. So ist es recht, so muß es bleiben!

Die Gewerkschaften sind an der langen Dauer dieses Kampfes mit seinen gewaltigen Auswirkungen unschuldig. Sie waren vom ersten Tage des Streiks an zu Verhandlungen bereit und haben stets ihre Bereitwilligkeit dazu erkennen lassen. Doch die Bergverwaltung wollte bis jetzt von Verhandlungen nichts wissen. Sie geht von falschen Voraussetzungen aus und nimmt irrümelnde Weise an, die Organisationsleiter hätten die Bergleute nicht hinter sich, trotzdem sie jeden Tag die Geschlossenheit der Bergleute wahrnehmen und die Streikenden in der Zeit des Kampfes sehr oft in Konferenzen und in Versammlungen einstimmig den Führern ihr Vertrauen aussprechen.

Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß Bede und Krämer, sowie die Saarbundsleute, einen großen Teil der Schuld mittragen daran, daß es bis heute noch nicht zu Verhandlungen kam.

Kameraden des Saargebietes! Bede und Krämer versuchen den heldenmütigen Kampf der Saargeleute aufzuheben zu machen. Die Einheitsfront der Bergleute sei gespart. So schreibt marxistischere in fetten Lettern der „Saar-Kurier“, das offizielle Organ der organisierten Arbeitswilligen. — Bede und Krämer, die in der Vergangenheit stets für starke Arbeiterorganisationen mit internationalen Verbindungen eingetreten sind, wollen jetzt eine Saarorganisation von Streikbrechern gründen, um den Saarbergmann zur Ohnmacht zu verurteilen und ihn zum Spielball der Unternehmer zu machen.

Belegschaftsmitglieder des Saargebietes! Laßt euch von diesen beiden, die nach Ansicht aller unabhängigen Kreise an der Arbeiterfrage der Verrat geübt haben, nicht verleiten. Folgt nach wie vor nur der Parole jener Organisationen, die durch ihre Vertrauensmänner den Streik befehlen haben. Erst Verhandlungen mit Sachverständigen, Erfüllung der bestehenden und berechtigten Forderungen der Bergarbeiter, dann gemeinsame Aufsicht und treue Pflichterfüllung im Bergbau. Hoch die Einigkeit und Geschlossenheit, nieder mit jedem Arbeiterverrat!

Ein wertvolles Urteil über Deutschlands Kohlenlieferungen.

Etwas verspätet, aber noch rechtzeitig, gelangten wir in den Besitz eines bedeutungsvollen Briefes, den der englische Vorlesende der Interalliierten Kohlenkommission, Herr W. A. Scallan, Ende Januar d. J.: „An den Herausgeber der Times“ richtete und den dieser am 1. Februar in seiner Zeitung veröffentlichte. Welt der Brief für die Lage im Ruhrgebiet von größtem Interesse ist, neben mir jetzt noch gerne von ihm Notiz. Herr W. A. Scallan meint einleitend, daß es den Lesern der „Times“ willkommen sein dürfte, etwas über die Haltung zu erfahren, die die Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter im Ruhrgebiet gegenüber den auf Grund der Reparationsbestimmungen an die Alliierten abzugebenden Kohlen in der seit Inkrafttreten des Versailles abgegangenen Zeit gegenüberstehen. Als ehemaliger Mitarbeiter der „Effener Interalliierten Reparationsbehörde“ habe er in drei Jahren „eine besonders günstige Gelegenheit gehabt, die verschiedenen Phasen zu studieren“. Im Frühjahr 1920 hätte er den Vorfall in einer Versammlung zu Wortenscheid geführt, in welcher

Vertreter der alliierten Mächte mit ungefähr 40 Vertretern der Bergarbeiter zu dem Zweck zusammengekommen waren, diesen die Kohlenlieferungen und Beschäftigung der in Frankreich und Belgien für den Kohlenbedarf zu liefern, darzulegen. Herr Scallan sagt, es sei „ein angenehmes und zum Teil unerwartetes Vergnügen“ gewesen, auf „Zeiten der deutschen Bergarbeiter ein bereitwilliges Verständnis und ein hochherziges Angehörig“ anzutreffen. Nicht nur die Erklärungen der interalliierten Kohlenvertreter waren ruhig angehört worden, sondern den deutschen Bergarbeitern wurde Beachtung geschenkt, als sie ihre Ansicht aussprachen. Dies sei zu sagen, über die Haltung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet, die die dortige öffentliche Meinung durch die nicht zu verteidigende Besetzung des Saargebietes von Dülmen und Ruhrort sowie der Stadt Düsseldorf gefördert wurde. Auch die Bergwerksbesitzer belommen in diesem Zusammenhang ein Lob ausgesprochen, denn „der Geist der Freundschaft und der Bereitwilligkeit“ sei allgemein gewesen. Unglücklicherweise habe aber „dieser Geist“ gegenüber der eine Verletzung des Vertrags von Versailles bedeutet ungeschickliche Besetzung der Rheinlande und der weiteren Verschleppung des oberirdischen Kohlenverkehrs auf Grund einer nach Ansicht der Deutschen von einem durch den Völkerverbund ernannten Unterausschuß begangenen großen Mißhandlung nicht handhabbar“ können. Herr W. A. Scallan fährt sodann wörtlich fort:

„Denkungsgeachtet setzen die deutschen Bergwerksbesitzer ihre Bemühungen fort, die Reparationsleistungen glatter und wirksamer zu gestalten. Um nach Möglichkeit die Verwirrung zu vermeiden, die dadurch entsteht, daß die behördlichen Sachverständigen oder auch Sachverständigen oft falsch oder ungeeignet gewählte Kohle an die französischen Verbraucher sandten, wurde bei den Franzosen im Jahre 1921 angefragt, ob es nicht praktisch sei, wenn das deutsche Kohlen Syndikat die Verträge unmittelbar mit dem französischen Verbraucher machte, wobei die Zahlungen natürlich unmittelbar an die Reparationskommission zu leisten sein würden. Dieser Vorschlag wurde von den Franzosen abgelehnt, anscheinend aus dem Grunde, weil dadurch Deutschland aus dem zum Teil bestimmenden Lage befreit worden wäre, auf Gehalt des Siegers Standpunkte leisten zu müssen.“

Ich führe diese Tatsache an, um zu beweisen, daß während der drei Jahre, während welcher ich die britische Regierung bei der Kohlenkommission in Genen beriet, ich weder bei den Besitzern noch bei den Arbeitern jemals irgend ein Beispiel eines vorläufigen Widerstandes gegen die Erfüllung der Kohlenreparationsverträge des Vertrags von Versailles erfahren habe. Schwierigkeiten bestanden zuweilen, doch diese waren leicht als Fälle von „force majeure“ zu erkennen, die jeder Kaufmann oder Fabrikant eines jeden Landes auf Grund eigener Erfahrung als unvermeidliche Begleiterscheinungen bei der Ausführung geschäftlicher Kontakte kennt. Sie nicht erfolglos Versicherungen machten nur einen Prozentsatz aus und waren zuweilen auf das Unterlassen des französischen Vertreters zurückzuführen. Gerandinstruktionen zu geben. Es sei hervorgehoben, daß Frankreich nicht immer alle die deutsche Kohle unterbringen konnte, die zu liefern war. Dies war besonders der Fall, wenn die Konjunktur in der Eisen- und Stahlindustrie Frankreichs schwach war.

Ich überlasse es anderen, für die gegenwärtige geänderte Haltung Frankreichs in Sachen der Kohlenreparationsleistungen eine Rechtfertigung zu finden. Möglicherweise sind die Vorräte deutscher Kohle in Frankreich jetzt derartig angewachsen, daß Frankreich es vorzieht, die Lieferungen für einen beträchtlichen Zeitraum abzubrechen und sich dazu entschlossen hat. Lieber im Rheinland Sabel zu schwingen als Kohle zu empfangen.“

Dieses Urteil ist von unschätzbarem Werte, weil es ausreicht von einem Fachmann, dessen Stellung ihm gestattet, Einsicht zu nehmen in die Brennstoffbedürfnisse Frankreichs und auch den Willen kennen zu lernen, der bei Deutschland obwaltet, die Bedürfnisse zu befriedigen, und es ist ein glänzendes Zeugnis für die Unschuld der bergmännischen Bevölkerung am Rhein und an der Ruhr, die unter dem schwingenden Sabel zu leiden hat. Die bergmännische Verbitterung wird auch später ihre Rache auf dem Gebiete der Reparationen nicht vermissen, wenn Frankreich den gezogenen Sabel einsetzt und in Gleichheit und Freiheit mit Deutschland in Verhandlungen eintritt und diese Verhandlungen zu einer Verständigung führen. Solange Frankreich diesen Weg nicht betritt und die, wie durch das Zeugnis des englischen Vorlesenden der Interalliierten Kohlenkommission bewiesen, schuldlose Bevölkerung des Rhein- und Ruhrgebietes mit Gewalt itakriert, wird es mit dem Widerstand der Bergarbeiter zu rechnen haben. Hic Rhodus, hic salta!

Landbund und Bergarbeiter.

Die Kommunisten haben weiblich Kapital geschlagen aus einer Rede, die Kamerad Döfler auf einer Berliner Tagung des Landbundes hielt. Sie fälschten dabei Döflers Ausführungen, indem sie einige Sätze aus dem Zusammenhang reißten, so daß sie ein ganz anderes Bild ergeben, als wenn man sie in diesem Zusammenhang liest. Sie benutzen dann aber auch Sätze aus den Reden der Landwirte auf dieser Tagung, um zu beweisen, welches Verbrechen gegen die Arbeiter Kamerad Döfler mit seiner Rede begangen habe. Diese Zitate haben auch einzelne unserer Kameraden stutzig gemacht. Wir stellen deshalb fest, daß Kamerad Döfler nur für das verantwortlich ist, was er gesagt hat, daß er nach seiner Rede und nach Annahme der unten folgenden Entschädigung die Tagung verlassen hat. Ueber den Vorgang selbst unterrichtet die nachstehende Erklärung Döflers:

Eine Kommission des Brandenburgischen Landbundes, bestehend aus Heben Wittgedern, befand sich in der Woche vom 11. bis 17. Februar im Ruhrrevier, um sich über die Lage zu unterrichten. Sie hielt zu diesem Zweck Besprechungen mit dortigen Behörden, mit Arbeiter- und Unternehmerverbänden, mit Betriebsräten unter Teilnahme von Kommunisten ab, befragte Güterverwalter und fuhr auch auf einigen Bergwerken ein. In den Besprechungen war besonders die Sorge der Mütter und Väter hervorgetreten, daß die heranwachsende Jugend unter dem Druck der Ereignisse wieder wie 1917 zum Hungern gezwungen werden könnte. Um die Besorgnisse zu mildern, erklärte sich die Landbundesvertretung bereit, dahin zu wirken, daß in kürzester Zeit 500.000 Rinder aus dem Ruhrrevier, von der deutschen Landwirtschaft für längere Zeit in Pflege genommen würden. Ein dementsprechender Beschluß wurde während der Tagung des Reichslandbundes in Frankfurt a. M. auf Antrag der Kommission, die im Ruhrrevier war, gefaßt.

Die Brandenburgische Landbundesvertretung hatte bei den Besprechungen im Ruhrrevier die Bitte ausgesprochen, daß in der Versammlung des Reichslandbundes in Frankfurt a. M. am 20. Februar dann auch Parteigenossen hat, ein Vertreter der freigeistlichen Arbeiter Bergarbeiter erscheinen möchte, um eine kurze Ansprache zu halten. Ein bekannter Genosse aus dem Ruhrrevier hatte auch zugesagt, diesem Wunsch zu entsprechen, aber er wurde im letzten Augenblick am Erscheinen in Berlin verhindert, so daß er mich bitten ließ, die gegebene Zusage zu erfüllen. Dem habe ich entsprochen.

Die in der Wahrung von Standesinteressen von den Landbundesmitgliedern vor und nach meiner Aussprache gehaltenen Reden habe ich nicht zu verantworten, denn ich habe sie noch nicht einmal gehört, weil ich nach Erledigung meines Auftrages des Weges ging. Daß meine Darlegungen sachlich einwandfrei waren, beweisen selbst die kommunistischen Zeitungen, denn sie wagen es nicht, sie ihren Lesern zur Kenntnis zu bringen, abgesehen von der „Roten Fahne“, die drei ganze Sätze vollständig aus dem Zusammenhang gerissen und sie derart zusammengestellt gebracht hat, als wären sie zusammenhängend von mir ausgesprochen worden. Wenn ein solcher Verfälschung besteht, der kann nicht beanstanden, als unabhängigen Publizist betrachtet zu werden.

Nach meiner kurzen Aussprache noch die Versammlung folgenden Beschluß an:

„Der Brandenburgische Landbund erklärt sich bereit, von den vom Reichs-Landbund übernommenen Rindern aus dem Ein-

bruchgebiet bis zu 50 000 in Brandenburg unterzubringen. Er steht darin eine heilige Pflicht gegenüber unserem Volkstum und Vaterland und beauftragt die Geschäftsführung, die Verteilung auf die Kreisverbände vorzunehmen.

Diese Beschlussfassung dankbar zu erkennen, ist ein Gebot des Kaltes, wie überhaupt jede Hilfe dankenswert ist, die den in schwerem, ausgeprägten Kampfe stehenden Arbeitern und Beamten an der Ruhr und ihren Familienangehörigen teilhaftig wird. Auch Kinder kommunistischer Eltern werden sich demnächst unter den Pflichten befinden. Wenn ihnen der Landaufenthalt wohlbesorgt und sie durch die Pflege gedeihen, dann wäre dies für mich die größte Genugtuung, entgegen den meisten kommunistischen Beschimpfungen, auf die eingezogene ich mir aus Rücksichtsgründen verweigere.

Berlin, 27. Februar 1923. Heinrich Köppler.

Nachrichten aus der Montanindustrie. Die jetzigen Kohlenpreise.

Die Kohlensteuer ist um 10 Prozent, von 40 auf 50 Prozent ermäßigt worden, außerdem sind die Nettokohlenpreise ermäßigt worden für die Steinkohlenreitere um 3000 M. je Tonne im Durchschnitt aller Sorten, für Braunkohlenreitere um 5000 M. je Tonne. Es ergeben sich dann die folgenden Preise:

Reviere	Reiner Verkaufspreis einschließlich Steuer pp. im Reviere Durchschnitt in M.	Reiner Netto-Ordnungspreis ohne Steuern pp. im Reviere Durchschnitt in M.	Reiner Nettokohlenpreis nach Abschreibung der Kohlensteuer in M.	Ermäßigung durch Herabsetzung der Kohlensteuer in M.	Reiner Nettokohlenpreis nach Abschreibung der Kohlensteuer in M.	Reiner Nettokohlenpreis nach Abschreibung der Kohlensteuer in M.
Ruhr (Zehntel 3%)	130 069	92 094	10 389	10 389	7,2	
Oberschlesien	99 579	65 773	7 493	11 664	11,7	
Niederschlesien	105 408	77 307	5 800	9 640	9,1	
Sachsen	127 247	89 499	8 065	12 038	9,5	
Niedersachsen						
Oberharz	123 687	82 267	9 266	13 415	10,8	
Thüringen	114 256	75 648	8 574	12 744	11,1	
Wachen						
Schwarzwald	145 330	98 150	10 331	10 331	7,1	
Nordharz	164 148	110 935	11 646	11 646	7,1	
Bayer. Steinkohlen	106 572	79 862	5 394	9 170	8,6	
„ Braunkohlen	118 817	89 107	6 000	9 777	8,2	
Mitteldeutsche und ostpreussische Braunkohlen						
Mitteldeutsche Braunkohlen	81 520	55 380	5 706	12 498	15,8	
Ostpreussische Braunkohlen	78 700	50 138	8 351	8 351	10,6	

Bei der Berechnung der Kohlensteuer ist entsprechend dem am 1. April 1923 in Kraft tretenden neuen Kohlensteuergesetz die Kohlensteuer für die rheinischen Braunkohlen mit 40 Prozent berechnet und es sind die Heimstättenbeiträge nicht zur Kohlensteuer herangezogen.

Internationale Rundschau.

Das internationale Exekutivkomitee der Bergarbeiter

Hielt am 10. und 11. April eine Sitzung in Brüssel ab. Die Vertreter unseres Verbandes erhielten im Hauptsaal des letzten Augenblicks, dann wurde Kamerad Limberg, der die Rede bei sich hatte, in Brüssel drei Stunden arretiert. Roffer, Aken- und Selbstige wurden aufs genaueste revidiert und erst nach telephonischer Rückfrage bei irgendeinem Kommando erfolgte seine Entlassung. An anderer Stelle wurden ihm die Kameraden Susemann und Wigmann nicht in ihren Besitz kommen konnten und auf die Reise verweigert.

Die Konferenz beschäftigte sich mit rein organisatorischen Fragen. Zum erstenmal nahm Kamerad Lewis, der Präsident der amerikanischen Bergarbeiterorganisation, an der Konferenz teil. Er gab eine interessante Schilderung der Lage der amerikanischen Bergleute. Eingehend wurden die Möglichkeiten besprochen, wie im Fall des Streiks über der Ausprägung die internationalen Sektionen dem betreffenden Land Hilfe leisten können. Die Einzelheiten der Debatte brauchen öffentlich nicht dargelegt zu werden. Auch die Frage der Beschränkung der Kohlenexporte in solchem Fall wurde eingehend unter Vorlegung der Verhältnisse der verschiedenen Länder besprochen. Dazu wurde folgende Entschliessung angenommen:

Das Exekutivkomitee anerkennt die Schäden, die durch Kohlenexport nach Ländern, deren Bergarbeiter sich im Streik oder in einer Ausprägung befinden, verursacht werden können. Unter solchen Umständen wird empfohlen, daß die Bergarbeiter jedes Exportlandes alle praktischen Schritte unternehmen, um solchen Export zu verhindern, und in jeder anderen möglichen Weise Hilfe leisten.

Eingehend wurde dann die Frage des Anschlusses der polnischen Bergarbeiterorganisation besprochen und beschlossen, den von der polnischen Gewerkschaftszentrale anerkannten Bergarbeiterverband in die Internationale aufzunehmen. Die nächste Sitzung soll im Juni in Warschau stattfinden. In Brüssel waren England, Deutschland, Frankreich, Belgien und Holland vertreten, für Warschau ist auch auf die Teilnahme der Tschechoslowakei, Österreichs und Jugoslawiens zu rechnen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Gegen die französische Blutherrschaft.

Am 2. April tagte in Hannover die Jahreskonferenz unseres großen Bezirks Silbeseim. Ein Verbandsvertreter aus Bochum sprach über den Ruhrstreik und sagte u. a.:

Am 16. Januar d. J. gab der Oberkommandierende der französisch-belgischen Besatzungsarmee, General Degoutie, vor den zu ihm nach Düsseldorf geladenen Arbeitervertretern eine Erklärung ab, in welcher er versprach, die Rechte der deutschen Arbeiter zu achten. Die Achtung vor dem Arbeitsrecht und der Schatz derselben zeigte sich in der Folgezeit sehr schnell. Arbeiter und Betriebsratsmitglieder wurden in Wohnheimen ihrer Rechte und in Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflichten verweigert. Arbeiter und ihre Frauen wurden auf offener Straße ihrer Barschaften und Habgüter beraubt. Arbeiter, welche den deutschen Gesetzen Achtung zollten, wurden ausgewiesen und mit Verhaftung bedroht. Daran schied Arbeiter im Ruhrgebiet hinterläßt erschaffen. Die Gewalt des französisch-belgischen Militarismus gegen die deutsche Arbeiterklasse steigerte sich immer mehr bis zu dem am 31. März in Essen von den Franzosen angeordneten Blutbad.

Nach dem Vortrag formulierten die Konferenz die folgende Entschliessung:

„Die heute in Hannover versammelten Bergarbeitervertreter (nachdem den Angehörigen der Blutherrschaft die tief empfundene Hilfe aus. Sie erheben gegen die bestialischen Gräueltaten eines entsetzten Militarismus vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt flammenden Protest und ersuchen ihre Brüder an der Ruhr, trotz der Provokationen in ihrem Kampf schärfsten an dem bisherigen Mittel des passiven Widerstandes gegen Imperialismus und Militarismus, für Zivilisation und Kultur. Die Bergarbeiter erklären sich erneut bereit, ihren kampfenden Brüdern an der Ruhr die wirksamste Unterstützung angedeihen zu lassen.“

Mit feierlichem Ernst verabschiedete die Konferenz auf eine Diskussion zu diesem Punkt. Die vorstehende Entschliessung fand einstimmige Annahme.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Willst du nicht mein Bruder sein...

Die geistige Kraft der Kommunisten und Unionisten von Sacklinghausen äußert sich darin, daß sie mit Verleumdungen die Verbandsfunktionäre bei der Arbeiterkassette unendlich machen wollen. Die „Union“, Blätter der „Handvoll Mundarbeiter“, bringt einen Bericht über eine unionistische Generalversammlung in Sacklinghausen, wo man das Verhalten des Verbandsobmannes Gustav Stallmann „mit Entrüstung“ verurteilt haben soll, weil er ein „Deferteur und Fahnenflüchtiger der Union“ sei und jetzt mit den „Kapitalknechten“ durch die dunn ginge. Von mehreren glaubhaften Teilnehmern der Versammlung wurde mir bekundet, daß dort kein Wort über mein Verhalten gesagt worden sei!

Ob die Versammlungsgeschichte nun wahr ist oder nicht, dieser Vorgang bedeutet die Genüßlosigkeit dieser Felder: sie verleumden und beschimpfen bei jeder Gelegenheit. Das ist der Charakter christlicher Menschen.

Was ferner die „Liebenswürdigen“ Anschuldigungen betreffend Deferteur und Fahnenflüchtiger der Union betreffen, so bedeuten diese nur eine Benützung für mich. Ich freue mich, daß ich den Mut dazu gefunden habe, begangene Fehler einzusehen, und aus diesen Reiben, wo doch nur Phrasenpolitik am Plage ist, zu „defertieren“, um mich wieder in die Kampfesreihen der großen Sozialisten und des Klassenbewußten Proletariats zu stellen, wo Verunft und geistige Verfallung vorherrschend sind. Wie kann man überhaupt einem ernsthaft organisierten Kameraden zumuten, sich mit der Lieferung von einer halben Zeitung alle vier Wochen zufriedenzulassen, deren Inhalt ja doch nur aus blöden Schimpereien und längst vergessenen Dingen besteht und die kein Wort zur Aufklärung der Mitglieder fähig ist. Solche unzureichende Schreibweise kann mich nicht befriedigen. Ich zahle meine Beiträge nicht nur deshalb, um mir herauszuheben Prüfen voll gehänder Unkenntnis vorlegen zu lassen, sondern um geistigen Fortschritt, bessere Arbeitsbedingungen und den Kampf gegen die Unternehmer zu fördern. Diese höheren Ziele sind dem Schreiber in der „Union“ noch fremd, er würde sonst selbst zum „Deferteur“. Jedoch besteht auch die Möglichkeit, daß der mit nicht unbekanntem Schreiber ein großes Interesse an der Arbeiterzeitschrift hat. Er ist innerlich gelb wie ein Ei und der „Kapitalknecht“ gehört zu seinem Inventar. Gustav Stallmann, Sacklinghausen.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Die Bezirks-Jahreskonferenz Zeit-Mittelsachsen-Weißensfels

tagte am 8. März in Zeitz. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kamerad Weidart in warmen Worten unserer im Laufe des vergangenen Jahres verstorbenen Kameraden, besonders unseres großen Bergarbeiterführers Otto Que. Zum Jahresbericht führte er folgendes aus:

Not und Elend steigen ins Unermehliche. Trotz der ständigen Lohnbewegungen, bei denen zwar der Lohn gehöhert werden konnte, war es nicht zu vermeiden, daß die Kaufkraft der Bergarbeiter immer geringer wurde. Um die Lebenshaltung nur einigermaßen zu verbessern, ist die Zuzahlung zusammen mit dem Vorstand bemüht gewesen, durch Lohnverhandlung einen Ausgleich zwischen Lohn und Teuerung zu erreichen. Wenn nicht alles erreicht worden ist, so lag das an den wirtschaftlichen Verhältnissen, die sich von Tag zu Tag verschlimmerten. Auf dem Gebiete der sozialen Versicherung (Krankheitsversicherung) ist die Bezirksleitung bemüht gewesen, den Grundlohn und somit das Krankengeld zu erhöhen. Auch die trübsame Lage der Invaliden, Witwen und Waisen konnte etwas gebessert werden. Die Rente, die im Januar des Berichtsjahres für Invaliden monatlich 80 M., für Witwen 50 M. und für Waisen 15 M. betrug, ist im Laufe des Jahres erhöht worden und stellte sich am Jahresabschluss wie folgt: Invaliden 4000 M., Witwen 2750 M., Waisen 800 M. Bei den Betriebsratswahlen im vergangenen Jahre hat unsere Organisation großen Erfolg errungen, trotz allen Anfeindungen. Das Zusammenarbeiten zwischen Betriebsräten und Bezirksleitung ist gefördert worden. Die Tätigkeit der Betriebsräte war im Berichtsjahre eine ziemlich umfangreiche. Im Laufe des Jahres sind 95 Klüdigungen vorgenommen worden, von denen durch Verhandlungen 65 wieder rückgängig gemacht worden sind. In den anderen Fällen mußte Einspruch beim Schlichtungsausschuß erhoben werden.

Die automatisch steigende Beitragserhöhung hat sich ohne Störung vollzogen. Wir sind einen Mitgliedsrückgang zu verzeichnen haben, so liegt es daran, daß wir die Zahlstellen angewiesen haben, uns nur Mitglieder anzunehmen, welche auch wirklich Beiträge zahlen. Bei der großen Fluktuation im Bergbau sind kleine Abweichungen kaum zu umgehen. — Kamerad Weidart schloß seine Ausführungen mit der Hoffnung, daß auch in Zukunft das gute Einvernehmen und freudige Wirken unserer Funktionäre bestehen bleibt.

Zum Klassenbericht teilt Kamerad Gräfe folgendes mit: Die Einnahme an Beiträgen betrug 26 053 499,78 M. An Ausgaben wurden geleistet: Die Hauptkasse erhielt 16 911 144 85 M., an Krankenunterstützung wurde gezahlt 804 433,40 M., Streikunterstützung 47 210,15 M., Gemahregelunterstützung 5909 M. und Arbeitslosenunterstützung 196 819,50 M. An Orts- und Bezirksvergütung wurden 3 956 145,50 M. vorausgibt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Dr. Berger aus Bochum hielt einen Vortrag über „Deutschlands Wirtschaftslage unter besonderer Berücksichtigung der Ruhrbefreiung“. Er führte u. a. aus, daß, wie überall, auch bei der Ruhrbefreiung die Arbeiterklasse die Leidtragende ist, und es müßte, so bald wie sich die Gelegenheit dazu bietet, der Weg der Verhandlung gesucht werden. So lange muß auch der passive Widerstand der Ruhrbergarbeiter fortauern.

Nach einer ruhigen, sachlichen Aussprache wurde die Konferenz geschlossen.

Polnisch-Oberschlesien.

Revierekonferenz unserer Kameraden in Poln.-Oberschlesien.

Am 15. April fanden sich unsere Vertrauensleute Polnisch-Oberschlesiens zu Ratowitz zu ersten Beratungen zusammen. Aus der ganzen Wojewodschaft, von überall her, wo der Bergmann Kohle fördert, waren die Vertreter des Verbandes herbeigekallt, um nicht nur die Berichte der Bezirksleiter mit anzuhören, sondern um mit Rat und Tat des ferneren Schicksal der Organisation zu bestimmen und damit gleichzeitig auch für die gesamte Arbeiterklasse zu wirken. Die genannten Verhandlungen waren getragen von einem hohen Geiste reiner Kameradschaftlichkeit und strengster Sachlichkeit.

Kamerad Rikmann u. begründete alle Erscheinungen mit einem herzlichen „Gut auf!“ Dann berichtete Kamerad Cepernik über die allgemeine wirtschaftliche Lage und die Beitragserhöhung. Durch die seit vielen Monaten anhaltenden ständigen Preiserhöhungen wurde die Arbeiterklasse immer mehr verelendet. Die gewährten Lohnverhöhungen reichten nie in einem richtigen Verhältnis zu der fortwährenden Teuerung. Sobald eine solche Lohnverhöhung erfolgte, stiegen auch sofort die Preise. Dadurch wurden die Lohnverhöhungen sofort immer überholt. Eine Konjunktur besteht nur noch infolge der Ruhrbefreiung. Man gebraucht die ost-oberschlesische Kohle, wie man ja auch englische Kohle gebraucht, die bis nach Breslau herunter bezogen wird. Sobald wir aber normale Verhältnisse bekommen, ist zu befürchten, daß Deutschland nicht mehr die teure ost-oberschlesische Kohle bezehren wird. Dann werden wir unter schweren Abhängigkeiten zu leiden haben. Weiter berichtet Redner auf die starke Konjunktur, die uns durch Bergbau und Industrie der Tschechoslowakei gemacht wird. In der Gürtelindustrie brohen große Arbeitermassen. Feiertaglichkeiten werden jetzt schon vielfach eingeführt. Wird das bisherige System in der Wirtschaftspolitik fortgesetzt, dann wird die

Arbeiterklasse bald ins größte Unglück geführt. Dem drohenden Unheil gegenüber können wir uns nicht still und abwartend verhalten. Verleumderische Stimmen sagen zwar, daß wir „hagen“, aber wir erfüllen in Wirklichkeit nur unsere Pflicht und Schuldigkeit, wenn wir in aller Offenheit auf die wirkliche und tatsächliche Lage hinweisen. Die Kohlensteuer wird schamlos abgebaut werden müssen. Aber zuerst plant man auch einen Abbau der Löhne. Während große Ausgaben für militärische Zwecke, für Empfänge und Feste aller Art gemacht werden, ist nicht genügend Geld da für die Kriegswitwen, die bittere Not leiden.

Schließlich begründet Redner die eingetretene Erhöhung der Beiträge und verweist dem gegenüber auf die erhebliche Erhöhung der gewährten Krankenunterstützungen und ebenso auf die Arbeitslosenunterstützung.

Kamerad Eich überbringt Grüße der Kameraden aus Deutsch-Oberschlesien.

Die Aussprache brachte bittere Klagen über schlechte Behandlung auf den Werken, vor allem aber über den Terror durch polnische Zuzugenten. Kamerad Dylong (Alpine) schildert in polnischer Sprache, wie besonders die Mitglieder der freien Gewerkschaften dem Terror polnischer Nationalisten ausgesetzt sind. Auch das Genfer Abkommen schätze unsere Mitglieder nicht. Vielmehr dürfe sich ein deutscher Gewerkschafter nicht auf der Straße zeigen, wenn er nicht sofort angepöbel werden wolle. Andere Diskussionredner sagten gleichfalls. In Laurahütte wurden die Verbandszeitungen den Frauen der Kameraden entziffen, zwei Töchter eines Kameraden wurden auf der Straße mißhandelt, einem Kameraden wurde von Insurgenten in der Grube bei der Arbeit ein Revolver vor die Brust gesteckt. Aus der Aussprache stieg auch durch, daß die polnische nationale Schreier durch das Essen in welches die Bevölkerung durch die polnische Wirtschaft gestochen wird, stumm gemacht werden.

Kamerad Rikmann berichtete alsdann über die letzten Lohnverhandlungen. Einer der früheren Betriebsratskonferenzen erforderte die Forderung nach Einführung der polnischen Mark. Gesagt wurde, daß die Lebensmittel nur deshalb so teuer seien, weil man die deutsche und nicht die polnische Währung hier habe. Bei den Lohnverhandlungen wollten die Arbeitgeber zunächst nur einen Umtauschschlüssel von 1:1,20 beifügen (auf je 1 deutsche 1,20 polnische Mark). Erst nach unserer Weigerung haben sie großmütig 10 Pfennig zugelegt. Am zweiten Verhandlungstage boten die Arbeitgeber schließlich 1,50 M. Auch damit konnten wir uns nicht einverstanden erklären. Endlich wurde der Schlüssel von 1:1,75 festgelegt. Die Geschäftsstelle dachte gar nicht daran, sich an diesen Schlüssel zu halten. Polnische Wirtschaftsdoktoren erzielten bei den Verhandlungen, daß mit Einführung der polnischen Währung diese sofort steigen werde. Weber das noch eine Verbilligung ist ein getroffen. Dadurch ist der Lohn der Arbeiter gefallen.

Bei der Lohnverhandlung forderten wir eine Erhöhung um 40 Prozent als Ausgleichszulage. Die Arbeitgeber lehnten alles ab und durch den Schiedspruch erhielten wir dann nur 10 Prozent am 16. März. Wegen Abbau der Kohlensteuer sind Verhandlungen schon seit längerer Zeit im Gange. Dabei besteht die Befürchtung, daß man uns auch sozial mit einem Lohnabbau kommen wird.

Die Konferenz nahm dann einstimmig eine Entschliessung an, in welcher der garantierte Mindestlohn verlangt und damit die Tätigkeit des Verbandes nicht durch verheerliche nationalistische Elemente verhindert wird. Von den Unternehmern wird verlangt: Eine angemessene Ausgleichszulage für den bei der Umwälzung künstlich herbeigeführten Lohnabbau; Verabfolgung von Freikohlen an Invaliden und Witwen; Zahlung der sozialen Zulagen an die krankföhernden Belegschaftsmitglieder; Revision des Mantelkassens und Reduzierung der vielen Klassen bei den einzelnen Arbeiterkategorien. Weiter protestiert die Entschliessung gegen jeden Versuch eines Lohnabbaus, gegen den Beschluß des Arbeitgeberverbandes, nach welchem den Arbeitern minderwertige Kohlenorten als Depulalkohle verabfolgt werden sowie gegen die Mißstände bei der Knappschaff und in den Knappschafflagarotten. Auch wird eine anderweitige Regelung der Pensionenbesätze gefordert.

Von der Regierung verlangt die Konferenz eine möglichst baldige Schaffung eines Kohlenrates und Ausbau des Betriebsratsgesetzes nach dem Gesetz vom 15. Februar 1922. — Die Unorganisierten betrachtet die Konferenz als Schillinge am Gemeinwohl und verlangt, daß sie von den tariflichen Vereinbarungen ausgeschlossen werden. — Die Konferenz spricht das volle Vertrauen der Bezirksleitung aus, verlangt aber, daß sie unter keinen Umständen einem Lohnabbau zustimmt, ehe die Preise für alle Lebensmittel und andere Bedarfsartikel gesunken sind. — Die Konferenz erklärt einstimmig, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln für den Ausbau der Organisation sorgen will, trotz der Verfolgungen der verheerlichen, nationalen Elemente. Wir sind Oberschlesier und haben nach dem Wirtschaftsabkommen das gute Recht zu solchen Forderungen.

Zur Stärkung unserer Verbandsfinanzen beschließt die Konferenz, daß ein Stundenlohn als Wochenbeitrag zu zahlen sei.

Nach einem kurzen Schlusswort des Kameraden Rikmann fand die harmonisch verlaufene Konferenz ihren Abschluß.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 17. Woche (vom 22. bis 28. April 1923) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Warnung! Ein gewisser Johann Henz aus Neunkirchen (Saargebiet) war Grubenführer im Dienste der dortigen Bergverwaltung und hat durch Spitzelarbeiten die streikenden Bergarbeiter geschädigt. Sein Benehmen war davor, daß selbst die Grubenverwaltung sich genötigt sah, ihn zu entlassen. Henz ging sofort nach Hamburg, wo es ihm sogar gelang, eine Stellung bei der Schupo zu erhalten. Als das dortige Polizeipräsidium von seiner Vergangenheit Kenntnis erhielt, verschwand er halb wieder aus Hamburg. Es besteht die Möglichkeit, daß er anderswo auftaucht und sich anzugewöhnen versucht. Als Grund seiner Abwanderung aus dem Saargebiet gibt er an, daß er bei einem Streik mit französischem Militär einen Franzosen erschlagen habe. Es sei hiermit vor ihm gewarnt.

Bücherrevision.

Datteln. Ende April.

Krankengeldauszahlung.

Datteln. Jeden dritten Sonntag im Monat, beim Kassierer M. Wiedenfeld, Schulstraße 49, von 10 bis 12 Uhr vorm.

Bibliothek.

Schären. Die Bibliothek befindet sich beim Kameraden Ernst Gebabus, Kurzer Weg 54. Gedruckt jeden zweiten und vierten Sonntag von 10-12 Uhr.

Dem Mitgliede Max Loyke (H.-Nr. 1032 395), Zahlstelle Lauer, wird wegen unfamrabschließlichen Verhaltens vom Hauptvorstand eine scharfe Rüge erteilt.

Sage den Mitgliedern der Zahlstelle Teuschütz und allen Gehern, die sich an der Sammlung der Familienteubauer beteiligt haben, herzlichsten Dank. Frau Neubauer, Teuschütz.

Die Beleidigung, die ich gegen den Knappschaffältesten Friedrich Beilage ausgesprochen habe, nehme ich als unwarhaft zurück. Eduard Ringediepe.